

Zum Währungsmix hieß es ergänzend, daß ca. 40% der Schulden in US-Dollar, 30% in japanischen Yen und weniger als 10% in D-Mark aufgenommen wurden.

Obwohl es über die konkreten Belastungen, die in den kommenden Jahren in Form von Tilgung und Zinszahlungen auf China zukommen, nur sehr widersprüchliche Schätzungen gibt, wird auch von westlichen Experten nicht bestritten, daß sich die gesamte Schuldenlast, gemessen an der in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellten Leistungsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft, noch in durchaus vertretbarer Höhe bewegt.

Nach offiziellen Angaben, die allerdings eine nicht ganz gesicherte vollständige Erfassung auch der auf regionaler Ebene aufgenommenen Auslandsschulden voraussetzen, bewegt sich die Schuldendienststrategie gegenwärtig bei 15% der jährlichen Einnahmen aus Exporten und Dienstleistungen. Sie liegt damit noch deutlich unter der nach IMF-Maßstäben als kritisch geltenden Marke von 20-25%.

Eine Umkehr ist kurzfristig kaum zu erwarten, da der Rückgang im Exportwachstum, u.a. bedingt durch knappe und zu teure Rohstoffe, Beschränkungen für den Import von Vorprodukten und wieder verstärkte bürokratische Ausfuhrkontrollen, eine Reihe von strukturellen Ursachen hat. Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus den stark verminderten Tourismus-Einnahmen, die nach Prognosen der nationalen Tourismus-Behörde in diesem Jahr wegen der Juni-Ereignisse weit hinter den Erwartungen zurückbleiben werden. (SZ, 12.10.89; XNA, 7.10.89) -lou-

Binnenwirtschaft

* (40) Neue Politik für große staatseigene Unternehmen gefordert

Die meisten großen staatseigenen Unternehmen, die das Rückgrat der chinesischen Wirtschaft darstellen, hätten nicht wesentlich von den Reformen der letzten Dekade profitiert, die sich anderswo so wirksam niedergeschlagen

hätten. Dies ist die Schlußfolgerung eines Berichtes einer Gruppe von Ökonomen der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Unter großen Unternehmen werden jene verstanden, deren Umsätze pro Jahr sich auf 500 Mio. Yuan oder mehr belaufen.

Die Wichtigkeit dieser Unternehmen für die Entwicklung des Landes kann daraus abgeleitet werden, daß der jährliche Ausstoß der 450 Spitzenunternehmen unter den 7,5 Mio. Industrieunternehmen der Volksrepublik sich auf mindestens 20% des gesamten industriellen Produktionswertes des Landes beläuft. Die meisten dieser Unternehmen leiden jedoch heute an Knappheit in Beziehung auf Energie, Rohmaterialien und Kapital. Auf diese Weise wird die Produktion auf ein Subsistenzniveau oder darunter abgesenkt.

Früher hatten andere Ökonomen das Problem mehr als einmal analysiert und die Schwierigkeiten auf das öffentliche Eigentum zurückgeführt, in dem sich fast alle großen Unternehmen im Lande befinden.

Der nun vorliegende neue Bericht wies diese Vorstellung zurück und bot eine eigene Erklärung für die schwierige Lage an:

(1) In der verworrenen Situation, die die Reform geschaffen habe, wirke sich die Politik für Kleinstadt- und Dorfunternehmen, die sich üblicherweise im Kollektiv- oder im Privateigentum befänden, günstiger aus als für Großunternehmen.

(2) Die staatliche Finanzhoheit auf der Regionalebene habe viele lokale Regierungen ermutigt, lokale Interessen zu verfolgen, und zwar durch Nutzung staatlicher Einnahmen und Manipulierung der Verwaltung von Großunternehmen.

(3) Die staatliche Unterstützung in Bezug auf politische Maßnahmen und Finanzhilfe sei unzulänglich gewesen, weil die Regierung nicht genug Aufmerksamkeit auf die Großunternehmen gelegt hätten. Die Kader seien eher an Gewinnen und Steuern dieser Großunternehmen interessiert gewesen denn an deren Reform und Produktion.

Aus Zeitungsberichten gehe hervor, daß die Großunternehmen einen großen Anteil ihrer Energie und Rohmaterialien zu Marktpreisen zu kaufen hätten, während die Preise ihrer Produkte strikt vom Staat kontrolliert würden.

Der Bericht schlug eine Liste von systematischen und kohärenten Maßnahmen vor, die in der Lage seien, die Produktion zu beleben und Reformen in diesen Großunternehmen durchzuführen, so daß sie schließlich mit anderen Unternehmen konkurrieren könnten - welche Eigentumsform auch immer vorherrsche.

Der Bericht schlägt vor, daß die Zentralregierung die Anlieferung von Energie und Materialien an die Großunternehmen garantieren sollte; die gesamte Geschäftstätigkeit sollte einem einheitlichen und kompetenten Management überlassen werden.

Um dieses Ziel erreichen zu können, sollte ein neues Komitee die Verwaltung der Unternehmen überwachen und lokale Störungen ausschalten. Dieses Komitee sollte aus Vertretern des Unternehmens, der betreffenden Abteilungen der Zentralregierung, der Gewerkschaft und Ökonomen bestehen.

Das neue Komitee würde sowohl als Leitungsagentur fungieren, die den Staatsrat hinsichtlich der Formulierung von Gesamtproduktionsplänen vertritt. Zum anderen sollte das Komitee als Beratungsgremium dienen, um Produktionsstrategien für die betroffenen Unternehmen zu entwickeln.

Die fünfzig größten Unternehmen in den wichtigen Industriezweigen sind von besonderer Bedeutung für die Wirtschaft des Landes. Ihnen sollte Provinzstatus hinsichtlich der Budgetierung gewährt werden, so daß sie völlig unabhängige wirtschaftliche Einheiten werden könnten.

Dieses System solle in angemessener Weise ein unabhängiges Unternehmensverwaltungssystem in die gesamte Staatsplanung integrieren.

Zum anderen heißt es in dem Bericht, daß die großen Unternehmen das vertragliche Verantwortlichkeitssystem, das nun weit verbreitet ist, durch eine

eigenständige Methode der Gewinnverteilung zwischen Unternehmen und Staat ersetzen sollten.

Das vertraglich vereinbarte Verantwortlichkeitssystem, das die Verwaltung, die Verantwortlichkeit, die Entscheidungsbefugnisse sowie die Erträge in der gleichen Hand vereinen soll, ist sehr effektiv hinsichtlich der Anregung der Produktion in mittleren und kleinen Unternehmen gewesen. Wie es in dem Bericht aber heißt, sei dieses System in den Großunternehmen kontraproduktiv gewesen; diese Unternehmen benötigen langfristige Produktionsarrangements. Das Verantwortlichkeitssystem hatte sie aber dahin gedrängt, kurzfristige Interessen wahrzunehmen; auf diese Weise waren Ressourcen verschwendet worden.

Nach dem neuen System würden die großen Unternehmen einen bestimmten Anteil ihrer Gewinne an den Staat überweisen. Dafür würde ihnen eine stetige Versorgung mit Fonds und Materialien garantiert. Dies würde auch den Weg für die Einführung eines Systems von Anteilsscheinen ebnet.

Die Einkommensteuerrate für Großunternehmen sollte von jetzt ca. 55% auf 35-40% erniedrigt werden, um die Produktion zu erweitern. Auch sollte diesen Unternehmen genehmigt werden, ihre Kredite zurückzahlen, nachdem sie ihre Steuern gezahlt haben.

Der Bericht fordert weiterhin keine Begrenzungen für die Anstellung von wirklich fähigen Unternehmern in den leitenden Positionen der Großunternehmen, so daß sie in der Lage sind, langfristige und stabile Strategien durchzuführen, um die Unternehmen zu beleben. Das Verantwortlichkeitssystem sieht befristete Arbeitsverhältnisse für Manager vor. (China Daily, 19.10.89) -lou-

*(41)

Medizinmarkt

Die pharmazeutische Industrie gehört zu den rasch expandierenden Wirtschaftszweigen in der Volksrepublik. Trotzdem kann das Angebot die Nachfrage weder nach Menge, Qualität noch Sortimentsbreite zufriedenstellen; Importe müssen die Nachfrage ergänzen.

Gleichzeitig aber sucht sich die Branche auf den Exportmärkten zu etablieren.

Steigende Einkommen und eine höhere Lebenserwartung bieten die Gewähr für einen günstigen dynamischen Binnenmarkt. Die Lieferseite dürfte in den nächsten Jahren stärker als zuvor zur Modernisierung veralteter Fertigungsstätten gedrängt werden.

Bis zur Jahrhundertwende will China die Herstellung von Penicillin auf ca. 7.000 t pro Jahr steigern. Die Erzeugung von z.B. Paracetamol, Aspirin und Coffein soll auf rd. 20.000 t, von Vitaminen auf mehr als 20.000 t zunehmen. Die Entwicklung und Produktion von Analgetika, Antiphlogistika, Hormonen, Aminosäuren, Antikarzinogenen sowie Medikamenten zur Behandlung von Gefäßkrankheiten oder von Störungen im Verdauungstrakt genießen dem Vernehmen nach ebenfalls Priorität.

Chinas Arzneimittelbranche besteht aus rd. 1.000 Betrieben mit ca. 480.000 Beschäftigten. Es gibt etwa 200 größere, zentral oder auf Provinzebene kontrollierte Einheiten. An der Arzneimittelherstellung sind alle Provinzen bzw. Autonomen Regionen, ausgenommen Tibet, beteiligt. Dennoch ist eine starke lokale Konzentration festzustellen: Die sechs führenden Provinzen bzw. regierungsunmittelbaren Städte vereinigten 1987 53,4% der Mengenproduktion von rd. 180.000 t auf sich. Jiangsu (12%) lag vor Sichuan (9,9), Shandong (9,3), Hebei (8,4), Guangdong (7,7) und Shanghai (6,1).

Die Pharmaziebetriebe sind im Durchschnitt technisch schlecht ausgestattet. Gerade 5% sollen internationalem, 9% nationalem Spitzenniveau entsprechen. Die Verarbeitungstiefe ist gering; den Erzeugnissen fehlt es an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus entspricht das Produkt nicht dem Bedarf, und die Verpackung ist oft mangelhaft. Die Rohmaterialpreise steigen stetig, die Verkaufspreise der Arzneimittel sind indessen auf niedrigem Niveau fixiert.

Hochspezialisierte, modern ausgerüstete Werke, u.a. in den Städten Beijing, Tianjin, Shanghai und Guangzhou, bilden die Spitze der Unternehmenspyramide. Die *Wirtschaftszeitung* berichtete, daß nur ein Unternehmen,

die Shanghai Nr.12 Pharmaceutical Factory, z.B. ausschließlich Krebsmittel herstelle (1987 ca. 15 t von landesweit 20 t). Unterhalb dieser Gruppe folgen zahlreiche, weitgehend nur Basispharmazeutika anbietende Unternehmen. Forschung und Entwicklung haben dort keinen sehr großen Stellenwert.

Importe werden ad hoc je nach Entwicklung der Eigenerzeugung und des Bedarfs getätigt. China wendete 1988 u.a. 190,3 Mio.US\$ für Medikamente einschließlich des Veterinärbereichs, 3,9 Mio.US\$ für Glykoside, Seren und ähnliches, 11,3 Mio.US\$ für 153 t natürlicher und synthetischer Hormone, 160,9 Mio.US\$ für 1.864 t unverpackter Antibiotika, 11,6 Mio.US\$ für 650 t Vitamine/Provitamine und 15,7 Mio.US\$ für 15 t pflanzlicher Alkaloide auf.

Die Exporte betragen bei Medikamenten 165,1 Mio.US\$ und bei Glykosiden 9,5 Mio.US\$. Für die Lieferung von 4.371 t Antibiotika wurden 132,7 Mio.US\$, von 2.594 t Vitaminen 37,3 Mio.US\$, von 17 t Hormonen 5,5 Mio.US\$ sowie von 2.038 t Alkaloiden 34,1 Mio.US\$ Erlöst. Aufgrund der Halbjahreszahlen des Jahres 1989 ist bei Exporten bis zum Jahresende eine leichte Verbesserung, bei Importen ein Rückgang zu erwarten.

Die Bundesrepublik Deutschland war als Lieferant bei Medikamenten (41,8 Mio.US\$), Glykosiden (0,9 Mio.US\$) und in geringerem Umfang bei Antibiotika (21,3 Mio.US\$) stark. Importiert wurden andererseits Alkaloide (6,3 Mio.US\$), Vitamine (11,0 Mio.US\$) und Antibiotika (36,1 Mio.US\$), aber auch Medikamente (13,1 Mio.US\$).

Das sonst im Handel so bedeutende Japan war eher zurückhaltend. Auf der Lieferseite sind Medikamente (32,2 Mio.US\$) und Antibiotika (33,9 Mio.US\$), auf der Empfängerseite im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland nur Medikamente (15,8 Mio.US\$) zu nennen.

In der chinesischen traditionellen Medizin ist der Herstellungs- und Vermarktungsprozeß in Unordnung geraten. Der weitgehend unbehinderte Zugriff zu vieler Marktteilnehmer hat zu z.T. schwerwiegenden Schäden bei den natürlichen Ressourcen, zu steil hochschießenden Preisen, Qualitätseinbu-

Ben und wachsendem Angebot an gefälschten, unwirksamen Erzeugnissen geführt. Die zuständige Staatsverwaltung hatte zur Wiederherstellung eines geordnet verlaufenden Marktes Schritte angekündigt, die auf die Kontrolle der Handelsstätigkeit gerichtet sind.

Der Bruttoproduktionswert (exkl. un-
verarbeiteter Materialien) für traditionelle chinesische Arzneien betrug 1988 ca. 5,1 Mrd. Yuan. Das waren 30,7% mehr als im Vorjahr und 26,7% des Vergleichswertes für westliche Arzneien. Das Mengenergebnis lag mit 230.000 t 17,3% höher als 1987. Durch Verkäufe wurden 4,5 Mrd. Yuan (+32,3%) Erlöst. Der Absatz nichtverarbeiteter medizinischer Materialien betrug 4,1 Mrd. Yuan, dies entsprach einem Zuwachs von 51,8% gegenüber 1987.

Es ist davon auszugehen, daß der Preisanstieg für Medikamente tierischer Herkunft sowie für gewisse Wildpflanzen in der näheren Zukunft nur schwer zu bremsen sein wird, wenn auch Anhebungen nur mit Genehmigung der Warenpreisbehörde möglich sein sollen. Das durchschnittliche Preisniveau verzeichnete während des Zeitraums 1986-1988 besonders hohe Zuwächse. Diese Entwicklung mache, so hieß es, die Verfügbarkeit über bestimmte traditionelle Medikamente für zahlreiche private Käufer bzw. für die eine kostenlose medizinische Versorgung anbietenden Arbeitseinheiten zusehends schwieriger.

In einer Vorwegnahme hoher und rasch zu realisierender Gewinne haben während der letzten Jahre mehr und mehr Unternehmen das Geschäft mit der traditionellen Medizin begonnen. Die Zahl der insgesamt in diesem Bereich tätigen Betriebe wurde für 1988 mit rd. 1.000 angegeben (1987: 650, 1982: 430). Vor allem der Bereich tonischer Mittel ist bei Neueinsteigern beliebt. Auf die fünf wichtigsten Erzeugerregionen entfielen 1987 43,4% des landesweiten Mengenergebnisses, im einzelnen: Guangdong (17,0%), Zhejiang (7,6), Guangxi (6,5), Jilin (6,3) und Beijing (6,0). Weiterhin von Bedeutung waren die Provinzen Hubei, Jiangsu, Henan und die Stadt Shanghai.

Auch die hohe Anzahl der im Exporthandel tätigen Unternehmen wird für Schädigungen der Ressourcen verant-

wortlich gemacht. Sie trügen bei fortwährenden Preisüberbietungen zu einer raschen Plünderung der Vorräte bei. Ein Export- und Importlizenzsystem für Rohmaterialien und Medikamente wurde kürzlich eingeführt.

Chinesische Medikamente zählen zu den Hauptausfuhrsgütern des Landes. 1988 wurden dafür (ohne Rohmaterialien) auf Basis der Zollstatistiken 99,8 Mio. US\$ Erlöst. Der Vierteljahreswert 1989 lag mit 20,9 Mio. US\$ um 11,0% höher als der Vergleichswert der Vorperiode. (NfA, 9. und 12.10.89) -lou-

*(42) Inflation gesunken

Nach Angaben des Zentralen Statistikamtes und der Staatlichen Verwaltung für Warenpreise habe das landesweite Sparprogramm in der Volksrepublik nun dazu geführt, daß die Inflation unter Kontrolle gebracht worden sei; Monat für Monat habe es einen rapiden Rückgang bei den Preissteigerungen gegeben. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1989 habe es einen Rückgang in Höhe von 14% hinsichtlich der Wachstumsrate des Einzelhandelspreisindex gegeben. Im April 1989 (im Vergleich zur Vorjahresperiode) sei der Preisindex um 25,8% gestiegen, im Mai um 24,3%, im Juni 21,5%, im Juli 19% und im August 1989 um 15,2%.

Die Situation stelle sich in China's 35 großen und mittelgroßen Städten besser dar; der Index der Einzelhandelspreise wuchs hier nur um 9,7% im August, das seien drei Prozentpunkte weniger gewesen als im Vormonat.

Außer für Getreide sanken die Preise aller anderen Waren im September - im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die Preise für Zusatznahrungsmittel sanken um 3,6%, für Gemüse um 4,4%, für Fleisch und Eier um 2,8%, für frische Früchte um 5,1%, für Güter des täglichen Bedarfs um 3,8% und für Meeresfrüchte um 3,6%. Die Preise für Gemüse seien in diesem Herbst relativ stabil geblieben, sie seien nur um 0,3% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres gestiegen.

Ein Kader des Zentralen Statistikamtes analysierte die Lage und nannte drei Bereiche für diesich verändernden Preise auf dem Markt:

- Es gibt weniger Faktoren, die neue Preiserhöhungen antreiben. Diese machten nur 7,6% des Einzelhandelspreisindex des ganzen Landes zwischen Januar und September 1989 aus, bei weitem weniger als die Steigerungen in der Vergleichsperiode des Vorjahres.
- Es hat ein schnelles Absinken in der Wachstumsrate der Lebenshaltungskosten in den ländlichen Gebieten gegeben. Der Preisindex fiel von 26,2% im Januar auf 8% im August 1989.
- Die Preise für Zusatznahrungsmittel sind alle auf dem Niveau vom September 1988 geblieben, während die Preise hochwertiger Konsumgüter, wie beispielsweise Farbfernsehgeräte und Kühlschränke, in einem gewissen Ausmaß gefallen seien.

Die obigen Fakten zeigten, daß sowohl das Sparsamkeitsprogramm als auch die Antiinflationpolitik korrekt gewesen seien. Einige Ökonomen und Beobachter seien jedoch der Meinung, daß die Volksrepublik immer noch Schwierigkeiten haben werde, um das Ziel, das von der Zentralregierung Anfang des Jahres gesetzt worden sei, zu erreichen, nämlich die Preiserhöhungen auf ein Niveau zu bringen, das geringer sei als das im Jahre 1988 erzielte Niveau.

Der Index der Einzelhandelspreise soll in der Zeit von Januar bis September 1989 um 23,1% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres gewachsen sein. Die Inflationsrate habe im Jahre 1988 18,5% betragen. (XNA, 20.10.89) -lou-

*(43) Kfz-Markt in der Krise

Die Stagnation der chinesischen Wirtschaft, die nach wie vor unsichere politische Lage sowie das Mißtrauen der westlichen Staaten nach dem Massaker des 4. Juni in Beijing haben die Geschäftstätigkeit bei den drei großen ausländischen Automobilherstellern in der Volksrepublik praktisch zum Stillstand gebracht.

Auf dem Gelände des Shanghai-Santana Werks in Shanghai standen Ende Oktober 1989 knapp 4.000 Fahrzeuge der Marke "Santana". Im Oktober 1989 war in Shanghai die Produktion für mehrere Wochen eingestellt worden,

als die Volkswagen A.G., die 50% an dem Joint-Venture hält, über den Ausbau der Werkskapazitäten von derzeit 13.000 auf 60.000 oder sogar 100.000 Personenwagen pro Jahr entscheiden wollte.

Einem VW-Sprecher in Wolfsburg zufolge wird das diesjährige Produktionsziel von 17.000 Fahrzeugen jedoch allenfalls nur um 1.000 Einheiten unterschritten. Die Produktionspause habe man zu Arbeiten an der neuen Lackiererei und an der Motorenfertigung genutzt.

Nach Aussagen von Hans-Joachim Paul, dem technischen Direktor von Shanghai-Santana, müsse das Werk expandieren, um profitabel arbeiten zu können. Man könne jedoch nicht zu schnell expandieren, weil der Markt für die Produkte nicht groß genug sei und man in der voraussehbaren Zukunft keine Veränderungen erwarte.

Shanghai-Santana kann nicht die Preise für ihre Produkte selbst festsetzen. Dieses übernimmt die chinesische Regierung. Shanghai-Santana kann auch die Autos nicht direkt an die Kunden verkaufen. Die Verkäufe werden durch die Shanghai Automobile and Tractor Corp. durchgeführt.

Der chinesische Staat kauft einen Santana für 70.000 Yuan und verkauft ihn für 179.000 Yuan. Im Oktober 1988 begann die Regierung damit, eine neue sogenannte "Steuer für den lokalen Integrationsfond" in Höhe von 25.000 Yuan auf jeden Wagen zu erheben. Im März 1989 folgte eine besondere Verbrauchssteuer pro Wagen in Höhe von 20.000 Yuan. Ein Santana kostet den Endverbraucher mithin 225.000 Yuan.

Auch andere Automobil-Hersteller sind betroffen. Das französische Unternehmen Peugeot begann mit der Produktion im Jahre 1986. Zwischen 1987 und 1992 sollten insgesamt 200 Mio.US\$ investiert werden. Im November soll nun die Produktion gestoppt werden, weil Peugeot nicht die erweiterte Produktionsquota erhalten kann, die für 1989 festgesetzt worden war. Im Jahre 1989 hat dieses Unternehmen bereits seine Quote in Höhe von 7.000 Wagen ausgeschöpft.

Peugeot konnte zwei Monate lang keine Wagen verkaufen. Die chinesische Regierung ist in einer gleichermaßen

schlimmen Situation. Sie hat auf dem Wege des Barter-Handels zwischen 20.000-30.000 Autos aus osteuropäischen Ländern erworben, die bislang nicht verkauft worden sind.

Peugeot, dessen Anteil an dem entsprechenden chinesischen Unternehmen nur 22% beträgt, hat es mit einem Partner zu tun, der nun in Schwierigkeiten ist - die China International Trust and Investment Corp. (CITIC). Der CITIC fehlt es an Barmitteln, so daß dieses Unternehmen nicht in der Lage ist, den Anteil des erst kürzlich erhöhten Kapitals in das Peugeot-Unternehmen einzuzahlen.

Die General Motors Corp. (GM) wird sich nicht im Rahmen eines Joint-Venture mit einem chinesischen Unternehmen am Bau und Betrieb eines Pkw-Werkes in der Volksrepublik China beteiligen. Einem Sprecher von GM zufolge hat sich herausgestellt, daß das Geschäft "nicht lebensfähig" erscheine.

Die Automobilfabrik sollte im Norden der Volksrepublik gebaut werden und nach Erreichen der projektierten Kapazität rd. 300.000 Kleinwagen im Jahr produzieren. Die Initiative war von der chinesischen Regierung ausgegangen. GM hatte darüber seit 1988 verhandelt. Die formellen Gespräche wurden jedoch, wie jetzt verlautete, bereits vor einigen Monaten eingestellt.

Auch der zweite ausländische Partner an dem geplanten Joint-Venture, der japanische Konzern Fuji Heavy Industries, hat seinen Rückzug aus dem Geschäft bekannt gegeben. Als Begründung wurde u.a. darauf verwiesen, daß die Teileproduktion in der Volksrepublik China nicht gewährleistet werden könne. (Financial Times, 19.10.89; FAZ, 27.10.89; HB, 27./28.10.89; NfA, 27.10.89; China Daily, 1.10.89) -lou-

*(44)

Werbewesen

Im Jahre 1979 gab es nur zehn Werbeunternehmen in der Volksrepublik. Zehn Jahre später war die Zahl auf 8.000 solcher Unternehmen angewachsen; ca. 10.000 Unternehmen haben sich für Aktivitäten registrieren lassen, die mit der Werbung zu tun haben.

Im Jahre 1988 verteilte sich der Werbeumsatz wie folgt: Haushaltsgeräte 389,9 Mio.Yuan, Produktionsmaterialien 375,9 Mio.Yuan, Nahrungsmittel 134 Mio.Yuan, Medizin 123,3 Mio.Yuan, kulturelle Materialien 115,7 Mio.Yuan sowie Verschiedenes mit 424,1 Mio.Yuan.

Eins der größten Probleme der modernen Werbewirtschaft in der Volksrepublik ist die irreführende Werbung. 1988 erhielt die chinesische Konsumentenvereinigung allein 55.871 Beschwerden über betrügerische Werbung. Das war gegenüber dem Jahr 1987 eine Verdoppelung der Beschwerden.

Trotz verschiedener Maßnahmen gegen falsche oder irreführende Werbung steigen die Beschwerden jedes Jahr weiter. Dies teilten Kader der staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel mit.

Irreführende Werbung, die meistens in den Print-Medien veröffentlicht wird, betrügt die Konsumenten und - in manchen ernstesten Fällen - bildet sie auch eine Gefahr für das Leben der Menschen.

Als Teil der letzten Kampagne gegen irreführende Werbung im Jahr 1989 hat die Beijinger Verwaltung für Industrie und Handel gerade alle jene Publikationen verboten, die sich beispielsweise "Wie kann man reich werden" nennen. Obgleich viele Menschen über ein Produkt oder eine Technologie durch die genannte Kolumne über das Reichwerden etwas erfahren hätten, sei ein großer Teil dieser Informationen durch Schwindler bereitgestellt worden.

Als beispielsweise eine private Schule annonciert hatte, daß sie einen Kurs anbiete, wie man fluoreszierende Glühbirnen zu Hause produzieren könnte, kam ein Bauer aus der Provinz Jilin nach Beijing, um dies zu lernen. Nachdem der Bauer 30.000 Yuan aus den Ersparnissen der Familie ausgegeben hatte, hatte er noch keine einzige Glühbirne produziert. Nachdem er erkannt hatte, daß die ganze Sache ein Schwindel war, beging dieser Bauer mehrere Selbstmordversuche.

Es gibt verschiedene Gründe für das schnelle Anwachsen der irreführenden Werbung. Zunächst einmal nutzen

einige Unternehmen, insbesondere solche auf Kleinstadt- bzw. privater Ebene, irreführende Werbemethoden, um die Verkäufe ihrer schlechten Produkte zu fördern.

So warb beispielsweise Sheng Xicheng, ein privater Geschäftsmann in Xijiang, für seine "feinen Rindslederschuhe". Kunden von außerhalb Xijiangs sandten ihm 180.000 Yuan, erhielten jedoch nur minderwertige Plastikschuhe.

Ein weiterer Grund besteht darin, daß viele Zeitungen, Magazine und andere Medien die Werbeanzeigen aufnehmen, weil sie Geld benötigen und sich nicht über den Wahrheitscharakter der Werbeinhalte kümmern.

Ein dritter Grund besteht darin, daß die Volksrepublik keine effektiven Gesetzesregelungen hat, um solche Werbemaßnahmen zu verhindern.

Es gibt jedoch Hoffnung. Zusätzlich zu weiteren Kampagnen der Regierung sind Kader der staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel dabei, Regeln zu entwerfen, wie mit denjenigen zu verfahren sei, die solche Anzeigen verfassen, und denjenigen, die sie publizieren. Von nun an, so ein Kader, sollten jene, die an der irreführenden Werbung beteiligt sind, bestraft werden, um die Interessen der Konsumenten zu schützen. (China Daily, 1.10.89) -lou-

*(45)

Versicherungswesen weitet sich aus

Das chinesische Versicherungswesen hat seit zehn Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen. Bis 1978 waren Versicherungen für die meisten Chinesen unbekannt, seither sind aber Versicherungen in allen industriellen und landwirtschaftlichen Sektoren weithin üblich geworden.

Gegen Ende Juni 1989 betrug das versicherte Vermögen 1.113,3 Mrd. Yuan. Dies teilte die Volksversicherungsgesellschaft von China (People's Insurance Company of China, PICC) mit, die die einzige autorisierte Institution für Versicherungen im Lande ist. Diese Gesellschaft ist auch zu einer wichtigen Einnahmensquelle für die Regierung geworden. Von 1980 bis

1988 überwies die Gesellschaft mehr als 6 Mrd. Yuan an Gewinnen und Steuern an die Regierung.

Aufgrund der jetzigen strikten Geldpolitik sowie der Inflation werden die Zuwachsraten im Versicherungsreich jedoch nicht mehr so hoch wie zuvor sein können. Viele Individuen und Unternehmen, die durch die Sparmaßnahmen betroffen sind, sind bezüglich des Abschlusses von Versicherungsbeträgen zurückhaltender geworden.

Nachdem das Versicherungswesen am 20. Oktober 1949 etabliert worden war, gab es dramatische Auf- und Abs in der Entwicklung. Von 1949 an schuf diese Gesellschaft zehn Versicherungsarten in den Bereichen Landwirtschaft, staatseigene Unternehmen, persönliches Eigentum, Gütertransport und Lebensversicherung. In den ersten zehn Jahren verdiente die Gesellschaft Prämien im Werte von 1,6 Mrd. Yuan, wohingegen sie 380 Mio. Yuan als Entschädigungsleistungen auszahlte.

Die Gesellschaft konnte Vermögenswerte von über 400 Mio. Yuan aufbauen. Die an die Regierung überwiesenen Gewinne machten mehr als 500 Mio. Yuan aus. Diese Mittel halfen beim wirtschaftlichen Aufbau nach der Übernahme der Macht.

Im Jahre 1959 ordnete die Regierung an, daß das Versicherungsgewerbe seine Geschäftstätigkeit einzustellen habe. Heute wird diese Entscheidung als eine falsche wirtschaftliche Leitlinie angesehen.

Die Volksversicherungsgesellschaft nahm ihre Geschäftstätigkeit im Jahre 1980 wieder auf. Gegenwärtig werden im Inland mehr als 200 Versicherungsarten angeboten, mehr als 80 im Ausland. Ein Kader der Gesellschaft erklärte, daß die Gesellschaft nun in der Lage sei, fast alle jene Versicherungsarten anzubieten, die auch in internationalen Märkten angeboten werden. Beispiele dafür sind der Seetransport im Offshore-Bereich, Nuklearkraftwerke sowie Bauprojekte.

Das chinesische Volk, das in den letzten Jahren eine kräftige Erhöhung des Lebensstandards erlebte, akzeptiere nun Versicherungen als eine Sicherung gegen Geschäftsrisiken und Naturkatastrophen.

Nach Statistiken der Gesellschaft haben gegenwärtig 62 Mio. Haushalte im ganzen Land Vermögensversicherungen abgeschlossen, nahezu 100 Mio. Menschen haben verschiedene Arten von Lebensversicherungsprodukten gekauft.

Von 1980 bis 1988 wickelte die Gesellschaft 9,65 Mio. Fälle ab und zahlte 12,9 Mrd. Yuan als Kompensationsleistung.

Als Reaktion auf die Anforderungen, die sich aus den landwirtschaftlichen und industriellen Reformen ergeben, hat die Volksversicherungsgesellschaft eine Reihe neuer Versicherungsarten eingeführt, beispielsweise in den Bereichen Beschäftigung, Tourismus sowie Renten. (China Daily, 1.10.89) -lou-

*(46)

Sonderkredit für Ankäufe von landwirtschaftlichen Produkten

Die chinesische Volksbank hat an lokale Banken einen Notkredit in Höhe von 20 Mrd. Yuan vergeben, damit eine Situation aus dem letzten Jahr vermieden werden kann, als die Bauern für die Ablieferungen ihrer Produkte nicht bezahlt werden konnten. Der kurzfristige Kredit soll zum Aufkauf der erwarteten Superernte dieses Jahres verwendet werden.

Im Jahre 1988 waren viele Gebiete gezwungen, Schuldscheine an die Bauern zu vergeben, die das sogenannte Quotengetreide an den Staat abgeliefert hatten.

Die Geldknappheit führte zu weitverbreiteten Protesten unter den Bauern. Die Bauern waren ohnehin nicht begeistert über die niedrigen staatlichen Preise für Getreide. Für Gemüse und andere Kulturen konnten und können höhere Preise als für Getreide erzielt werden.

Es wurde ein Beispiel aus der Stadt Xiangyang in der Provinz Hubei gegeben, die 650 Mio. Yuan benötigte, um den Herbstreis und Baumwolle anzukaufen, jedoch nur über 125 Mio. Yuan verfügte. Der Stadt war es nicht gelungen, einen zusätzlichen Kredit zu erhalten, um die Bauern bezahlen zu können.

Viele lokale Landwirtschaftsbanken litten im letzten Jahr unter Geldknappheit, als die Zentralregierung als Teil des Sparsamkeitsprogramms damit begann, die Inflation zu bekämpfen und die übermäßige Wirtschaftsexpansion einzudämmen.

Viele der lokalen Banken hatten bereits ihre Kredite an die aufstrebenden ländlichen Produktionsunternehmen vergeben. Alle Bemühungen, die Spareinlagen zu erhöhen, erwiesen sich als fruchtlos. Der Grund lag darin, daß bei einer Inflationsrate von ca. 30% die Menschen wenig Anreiz hatten, ihr Geld zu sparen.

Der stellvertretende Präsident der Volksbank erklärte, daß der neue Kredit nur für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte genutzt werden kann. Jeder, der versuche, den Kredit für andere Zwecke zu verwenden, werde bestraft.

Die Landwirtschaftsbank von China erklärte im letzten Monat, daß die ländlichen Banken Kredite in Höhe von 55,8 Mrd. Yuan in der ersten Hälfte des Jahres 1989 vergeben hätten, um die Getreideankäufe zu finanzieren. Das sei ein Anstieg von 5 Mrd. Yuan gegenüber dem Vorjahr gewesen. (AWSJ, 19.10.89) -lou-

*(47)

Kreditgewährung

Im allgemeinen zeigen die Banken keinen Enthusiasmus zur Wiederaufnahme der Kredite an China. Diese Haltung ist nicht nur politisch begründet. Das gilt sowohl für die kommerziellen Kredite als auch für die multinationale Hilfe seitens der Asiatischen Entwicklungsbank und des Internationalen Währungsfonds.

Aus der Führungsetage der Asiatischen Entwicklungsbank in Manila waren folgende Überlegungen zu hören: Die neue Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China müsse sich erst einer Prüfung unterziehen lassen, bevor man das Kreditprogramm festlegt. Schon lange in der "Pipeline" liegende Kredite werden wohl bald genehmigt werden, aber neue Projekte müssen im Licht der weiteren Wirtschaftspolitik Chinas gesehen werden. Eine ähnliche Stimmung herrsche auch bei der Weltbank und beim Internationalen Währungsfonds in Washington.

Zum einen möchte man nicht einen Kurs in China mit multinationalen Krediten fördern, der den Wirtschaftsauffassungen des Westens zuwiderläuft und keine Erfolgsaussichten verspricht. Zum anderen sieht man durchaus ein verändertes Kreditrisiko. Internationale Banker konstatieren sehr wohl eine Kursänderung in der Wirtschaftspolitik, die über zentralistische Pläne zur Dämpfung der überhitzten Wirtschaft hinausgeht und wieder ein Wirtschaftssystem institutionalisieren könnte, das eine zentrale Planwirtschaft vorsieht und Marktkräfte nur an der Peripherie erlaubt.

Ein internationales Bankenkonsortium machte einen Kredit in Höhe von 5 Mio. US\$ für ein Immobilienprojekt in Shanghai rückgängig. Das von Schroders Asia Ltd. geführte Konsortium hatte sich im November 1988 bereit erklärt, einen Kredit an die Asia Development Corp., eine amerikanische Immobilienentwicklungsgesellschaft, zu vergeben. Vor mehreren Wochen wurde dieser Kredit jedoch storniert. Die Beteiligten weigerten sich, einen Kommentar dazu abzugeben.

Die Kreditgeber hatten Zweifel hinsichtlich dieses Projektes schon vor dem 4. Juni 1989, doch die Niederschlagung der Demokratiebewegung veranlaßte viele Unternehmen, ihre Chinageschäfte noch einmal zu überdenken. Die Banken bekamen eine gute Begründung für ihre Maßnahme.

Durch den abgesagten Kredit kommt die Asia Development Corp. in Schwierigkeiten. Sie sitzt auf einem halbfertiggestellten 32stöckigen Appartementgebäude in Shanghai sowie hohen Schulden.

Im Unterschied zu den meisten Krediten für die Volksrepublik China gab es keinen chinesischen Bürgen. Stattdessen erhielten die Banken ein Versprechen der Bank of Communications, daß sie der Asia Development Corp. die gesamten 55 Mio. US\$ bei Fälligkeit leihen würde, um die Rückzahlung der ursprünglichen Kredite durchführen zu können.

Als Zeichen für die zunehmende Bereitschaft vor allem amerikanischer Banken, der Volksrepublik Kredite zu gewähren, werden zwei Kredite gewertet, die Anfang Oktober 1989 vergeben wurden.

Die BT Asia Ltd., eine Tochter von Bankers Trust New York Corp., vergab als Konsortialführer einen Kredit in Höhe von 50 Mio. US\$ mit einer Laufzeit von fünf Jahren an Shortridge Ltd., ein Unternehmen, das sich im Eigentum der China International Trust and Investment Corp. (Holdings) befindet. Der Kredit wird für den Ankauf eines Satelliten verwendet werden.

Die Chase Manhattan Asia Ltd., eine Hongkonger Tochter der Chase Manhattan Corp., erklärte, sie garantiere einen Kredit in Höhe von 50 Mio. US\$ für die größte Handelsgesellschaft der Volksrepublik, China Resources (Holdings) Co. Der Kredit sei für allgemeine Zwecke dieses Unternehmens gedacht. 30 Mio. US\$ könnten in D-Mark umgewandelt werden. (HB, 4.10.89; AWSJ, 12. u. 17.10.89) -lou-

*(48)

Reform des Lohnsystems in Shenyang

Die Arbeiter und Angestellten in den meisten der staatseigenen Industrie- und Handelsunternehmen in der Stadt Shenyang (Provinz Liaoning) sind der Überzeugung, daß ihre Monatslöhne nicht länger stabil seien, sondern sich ständig veränderten. Die Löhne derjenigen Arbeiter und Angestellten der Unternehmen mit besseren Wirtschaftsergebnissen sind normalerweise höher als jene in Unternehmen mit geringen Wirtschaftsergebnissen. Dies ist in der Tat eine neue Situation, die sich seit Beginn der Reformen des Unternehmensverteilungssystems in Shenyang ergeben hat.

Gegenwärtig hat eine größere Anzahl von staatseigenen und Kollektiv-Unternehmen in Shenyang, deren Arbeiter und Angestellte 90% der insgesamt in der Stadt Beschäftigten ausmacht, ein neues Unternehmensverteilungssystem eingeführt, nach dem der Gesamtlohn an die wirtschaftlichen Ergebnisse gekoppelt ist. Diese Unternehmen haben Schluß mit der Praxis gemacht, daß "Unternehmen aus dem großen Topf der Unternehmen essen". Die Stadt Shenyang hat ebenso damit begonnen, ihr eigenes makrowirtschaftliches Regulations- und Kontrollsystem zu errichten, das auf die Durchführung der Verteilung in den Unternehmen aufgrund der wirtschaftlichen Ergebnisse beruht. Sie hat auch ihr eigenes mikroökonomisches Anreizsystem

stem entwickelt, das darauf zielt, die Verteilung unter den Arbeitern und Angestellten entsprechend ihrer Arbeit durchzuführen.

Noch vor sechs Jahren verfuhrten fast alle Industrie- und Handelsunternehmen in Shenyang nach einem einheitlichen Verteilungssystem: Fixlöhne plus ein Bonus in Höhe von einigen Yuan. Nun unterscheidet sich das Verteilungssystem von Unternehmen zu Unternehmen, sogar von Werkstatt zu Werkstatt und Werkgruppe zu Werkgruppe im selben Unternehmen.

Die Löhne, die von den staatlichen Industrie- und Handelsunternehmen in Shenyang gezahlt werden, sind nun in die folgenden Hauptkategorien unterteilt: Akkordlöhne, Vertragslöhne, Postenlöhne und Floating-Löhne. Jede dieser Lohnkategorien kann 20-30 verschiedene Modifikationen annehmen. Zum Beispiel hat die Motorfahrzeugfabrik von Shenyang angesichts ihrer tatsächlichen Bedingungen insgesamt mehr als zehn Verteilungsmethoden eingeführt, so daß es den Egalitarismus nicht mehr gibt.

Shenyang hat ebenso die Führung im ganzen Land dabei unternommen, die Reform der Verteilung zwischen den Unternehmen und dem Staat durchzuführen. Die gesamten Unternehmenslöhne werden mit den wirtschaftlichen Erfolgen gekoppelt. Shenyang begann zunächst mit der Reform der Verteilung zwischen den Unternehmen und dem Staat auf Versuchsbasis im Jahre 1988. Im Jahre 1989 wurde diese Reform auf alle Unternehmen übertragen. Bisher haben 1.331 staatseigene Industrie- und Handelsunternehmen diese Reform durchgeführt.

Die Ergebnisse einer Umfrage zeigen, daß mehr als die Hälfte dieser staats-eigenen Unternehmen nicht mehr das achtstufige Lohnsystem des Staates verwenden. Dieses einheitliche Lohnsystem wurde in den letzten Jahrzehnten in China angewendet. Dieses achtstufige Lohnsystem ist veraltet.

Die Einführung des neuen Verteilungsmechanismus hat nicht nur die Unternehmen dazu gebracht, größere Anstrengungen zu unternehmen, um ihre Wirtschaftsergebnisse zu erhöhen. Auch Arbeiter und Angestellte sehen sich nun veranlaßt, ihre individuellen Leistungen zu verbessern. Im Jahre 1988 erhielten aufgrund des schnellen

Anwachsens der wirtschaftlichen Ergebnisse mehr als 400.000 Arbeiter und Angestellte der staatlichen Industrie- und Handelsunternehmen in Shenyang in Bezug auf die Fixlöhne eine Lohnerhöhung, die zwischen einer halben und einer Stufe lagen.

Andererseits wurden die Arbeiter und Angestellten von 15 staatseigenen Unternehmen geringer als normal bezahlt.

Die Einführung des neuen Verteilungssystems hat die Arbeitseffizienz in den staatseigenen Unternehmen erhöht und die Entwicklung der Wirtschaft in der Stadt beschleunigt. In der Vergangenheit waren die Löhne direkt an die Zahl der Arbeiter und Angestellten eines Unternehmens gebunden. Falls ein Unternehmen mehrere Arbeiter hatte, bekam es höhere Lohnzuteilungen vom Staat. Aus diesem Grunde versuchten alle Unternehmen ihr Bestes, um mehr Arbeiter und Angestellte zu beschäftigen. Aus diesem Grunde ist auch eine große Anzahl von Unternehmen überbesetzt mit Arbeitnehmern.

Seit 1988, als eine große Anzahl der Unternehmen in Shenyang damit begann, das neue System einzuführen, wurden ungefähr 60.000 überschüssige Arbeiter und Angestellte durch die betreffenden Unternehmen entlassen. (RMRB, 18.10.89) -lou-

Taiwan

*(49)

Neue Erfolge der "flexiblen" Diplomatie

Im Berichtsmonat hat Taiwan im außenpolitischen Kampf mit Beijing wieder zwei Siege errungen: Liberia und der mittelamerikanische Staat Belize haben am 2. bzw. 13. Oktober trotz bestehender diplomatischer Beziehungen mit der VR China die Republik China (Taiwan) anerkannt und volle diplomatische Beziehungen zu ihr aufgenommen. (LHB, 3. und 13.10.89; CP, 3. und 14.10.89; ZYRB, 4. und 14.10.89)

Vor zwölf Jahren, am 21. Februar 1977, hatte Taiwan die diplomatischen Beziehungen mit Liberia abgebrochen,

nachdem letztere diplomatische Beziehungen zu der VR China aufgenommen hatte. Belize, bis zum 30. Juni 1973 Britisch-Honduras und seit dem 21. September 1981 unabhängiger Staat, hat erst vor drei Jahren, am 6. Februar 1987, diplomatische Beziehungen mit der VR China aufgenommen. Aus Protest gegen die Anerkennung von zwei chinesischen Staaten brach Beijing am 10. Oktober die diplomatischen Beziehungen zu Liberia und am 24. Oktober die zu Belize ab. (LHB, 11. und 25.10.89; XNA, 10.10.89; SWB, 25.10.89)

Sowohl Beijing als auch Taipei machen den Anspruch auf die einzige legitime Regierung Chinas geltend. In den 60er Jahren unterhielt die Republik China noch diplomatische Beziehungen zu den meisten Staaten im Westen. Aber seit Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre hat sie fast alle wichtigen diplomatischen Stellungen an Beijing verloren. Um die Isolation zu durchbrechen, revidierte die Regierung in Taipei unter dem neuen Staatspräsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) Anfang dieses Jahres den bisherigen Kurs mit der neuen Richtlinie einer "flexiblen Diplomatie" (Tanxing wajiao). Offiziell bleiben das Ein-China-Prinzip und der eigene Anspruch auf die Alleinvertretung für Gesamtchina zwar unverändert, aber man ist bereit, diplomatische Beziehungen zu jedem Staat aufzunehmen oder in jede internationale Organisation einzutreten, der bzw. die auch die VR China anerkennt. Der erste Erfolg des neuen Kurses war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu dem karibischen Inselstaat Grenada am 20. Juli d.J. Eine Woche danach, am 7. August, brach Beijing seine Beziehungen zu Grenada ab. (C.a. Juli 1989, Ü 41, S.487 f.) Einschließlich Liberia und Belize unterhält die Republik China in Taiwan z.Z. mit 26 Staaten diplomatische Beziehungen.

Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den drei genannten Staaten verband Taiwan die Zusagae von Wirtschaftshilfen: Grenada und Liberia sollen jeweils 10 Mio. US\$ bzw. 140 Mio. US\$ bekommen. (LHB, 10.8.89; ZYRB, 6.10.89) Aber nicht nur wegen des Geldes haben diese Länder nach eigenen Angaben ihre Chinapolitik geändert, sondern auch wegen der blutigen Niederschlagung der friedlichen Demokratiebewegung in Beijing. -ni-